



Sozialistische Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Beschluss zum Bundesausschuss
im Salvador – Allende – Haus (SBZ)
29. - 30. September 2012**

Werft die Waffe weg, Polizist*innen!

Solidarität leben, Druck aufbauen, Polizeigewalt stoppen

1 Am 7. August kam es am Rande einer Demonstration gegen die NPD in Halle (Saale) zu gewalttätigen
2 Übergriffen durch Polizist*innen, bei denen ein Demonstrant schwere, bleibende körperliche Schäden erlitt.
3 Am 2. Juni ging die Polizei in Hamburg rücksichtslos und brutal gegen Blockierer vor, die sich Nazis
4 entgegenstellten. Im Zusammenhang mit „Blockupy Frankfurt“ wurde im Mai eine 17jährige
5 Gewerkschafterin von Polizist*innen zusammengeschlagen.

6 Angesichts dieser aktuellen Ereignisse, wird uns einmal mehr bewusst, dass Polizeigewalt nicht der seltene
7 Einzelfall ist, sondern sich immer wieder aus den existierenden Strukturen der Polizei selbst ergibt.

8 Dabei nehmen die Betroffenen lediglich ihre Rechte wahr, haben friedlich demonstriert oder zivilen
9 Ungehorsam geleistet. Dennoch richtete sich Gewalt ausgerechnet gegen sie – und dies durch eine
10 Institution, deren Aufgabe es vermeintlich ist, diese Grund- und Menschenrechte zu schützen.

11 Als *SJD - Die Falken* streben wir eine Gesellschaft an, die Freiheit, Gleichheit und Solidarität verwirklicht.
12 Daher gilt es jeden Tag aufs Neue diese Rechte zu verteidigen und dazu beizutragen, dass sie allumfassend
13 verwirklicht werden.

14

15 **Wir erklären uns daher mit Betroffenen polizeilicher Repression und Gewalt solidarisch!**

16

17 Auf dem Bundesausschuss in Leipzig haben wir uns als *SJD - Die Falken* bereits für eine wirksame
18 Kennzeichnungspflicht von Polizist*innen, auch in sogenannten geschlossenen Einheiten, ausgesprochen.

19 Angesichts der großen Zahl von Ermittlungen gegen Polizist*innen, die eingestellt werden, weil die
20 Täter*innen aufgrund ihrer verummenden Uniformen nicht zu identifizieren sind, erkennen zunehmend
21 Teile der Gesellschaft mittlerweile die Notwendigkeit einer Kennzeichnungspflicht. So stimmte in einem
22 Entscheid der SPD Sachsen-Anhalt eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder für eine solche
23 Kennzeichnung.

24 Dennoch werden immer wieder neue fadenscheinige Argumente gegen eine Umsetzung vorgebracht, oder
25 die Umsetzung wird durch regelrecht sinnumkehrende Bestimmungen bis zur Unwirksamkeit verwässert.
26 So gilt im SPD-mitregierten Sachsen-Anhalt nunmehr eine Kennzeichnungspflicht – aber ausgerechnet mit
27 der Ausnahme geschlossener Einheiten. Dabei ist dies nur ein Beispiel, ähnliche Erfahrung macht man
28 vielerorts. Polizeigewalt bleibt leidvolle Realität.

29

30 **Deswegen setzen wir uns weiterhin – überall – für eine Kennzeichnungspflicht ein und tragen diese**
31 **Forderung verstärkt in die Öffentlichkeit!**

32

33 Viele der Befürworter*innen der Kennzeichnungspflicht gehen davon aus, dass bereits diese zu einer
34 wesentlichen Abnahme der Taten führen würde. Erfahrungsgemäß laufen die Ermittlungsverfahren gegen
35 Polizeibeamt*innen zögerlich, was zu Ermittlungseinstellungen oder äußerst niedrigen Strafen führt.
36 Schließlich sei man auf der gleichen Seite und müsse morgen bereits wieder gemeinsam gegen wirkliche
37 Übeltäter*innen vorgehen.

38 Bislang wird dieses Problem in den öffentlichen Debatten viel zu wenig wahrgenommen. Dabei ist die
39 Lösung offensichtlich.

40 Es muss eine Untersuchungsbehörde für Vorwürfe der Polizeigewalt geben, die unabhängig von dieser
41 selbst, Staatsanwaltschaften oder Innenministerien ist und vor Gericht nicht zuletzt die Perspektive der
42 Betroffenen vertritt.

43

44 **Wir setzen uns daher dafür ein, dieses Problem öffentlich bekannt zu machen, und fordern weiterhin**
45 **engagiert die die Einführung einer solchen unabhängigen Untersuchungsinstanz!**